Gesethblatt die Freie Stadt Danzig

Ausgegeben Danzig, ben 12. April Mr. 28 Seite Inhalt: Tag Berordnung gur Durchführung ber Berordnung über bie Trennung bauernd vereinigter Schul- und

31. 3. 1939

Verordnung

jur Durchführung ber Berordnung über Die Trennung bauernd vereinigter Schul= und Rirchenamter. Bom 31. Märg 1939.

Auf Grund des § 6 der Berordnung über die Trennung dauernd vereinigter Schul- und Rirchenämter vom 15. Februar 1939 (G.Bl. S. 45) wird hierdurch verordnet:

I. Richtlinien für die Auseinandersegung über bas Bermogen bisher vereinigter Schul= und nemeifiber und die Gemeinde, liuro dast derei retmanechrift mit Grundfluch eingetragen worden, fo liegt

gierin ein Stiftungswille des Gutsbesitzers, sies dat Bereinigtes Amt. Der Gutsbesitzer ist dabeil in Die Auseinandersetzung ift im Regelfall durch Bereinbarung der Gemeinde und der Kirchengemeinde, bei Gutsschulen auch des Gutsbesitzers herbeizuführen. Die Beteiligten sind verpflichtet, die Sach- und Rechtslage zu ermitteln und nach Feststellung der vorhandenen Bermögenswerte die Auseinandersehung nach ben folgenden Grundsätzen vorzunehmen, nierea redaid nepomirell and redni il

(1) Bei der Feststellung der Rechtslage ist von den privatrechtlichen Berhältnissen auszugehen. Rann der Eigentümer nicht ermittelt werben, so ist festzustellen, welchen Zweden die einzelnen Bermögensstüde bisher vorwiegend gedient haben; Bermögensstüde, bei denen auch insoweit teine Feststellungen getroffen werden fonnen, gebühren den Beteiligten zu gleichen Teilen.

(2) Bei der Zuteilung der einzelnen Bermögensstüde sollen die Beteiligten bestrebt sein, die Berteilung so vorzunehmen, daß die Erfüllung der Zwede, denen das gemeinsame Bermögen bisher diente, tunlichst ohne Mehraufwendungen möglich ist. Lassen sich Mehraufwendungen fünftig nicht vermeiden, können daraus bei der Auseinandersetzung keine Ansprüche hergeleitet werden. Die Auseinandersetzung darf aus diesem Grunde nicht verzögert werden. ball nammalla nad dan dis tatdir gurraduis

Alle Rufterichulgehöfte, die ju dem Stellenvermögen der bis jum 1. April 1939 noch nicht getrennten Amter gehören, sind grundsäglich in das Alleineigentum der Gemeinde ju überführen. Ausnahmen sind nur zulässig, wenn die Gemeinde ausdrudlich auf das Gehöft verzichtet und die Rirchengemeinde oder bei Gutsichulen der Gutsbesitzer bereit ist, das Gehöft zu übernehmen oder zu behalten.

8 4

Ber sein Eigentum ober Miteigentum am Gehöft verliert, fann hierfür angemessene Entschädigung verlangen. Bei der Bemessung der Entschädigung sind der Wert, der den Beteiligten guftehenden Nutungsrechte und ihr für bas Gehöft gemachten Aufwendungen zu berüdsichtigen. Rann eine Gemeinde bie von ihr zu zahlende Entschädigung nicht auf einmal zahlen, so hat sie den Betrag mit 4 v. H. zu verzinsen und 2 v. H. zu tilgen. Die Zinsraten sind vierteljährlich im voraus zu entrichten, die Tilgungs= raten jährlich nachträglich. Gine hypothekarische Sicherstellung ber Restsumme ist unzulässig.

Mitglieder gibt die Meinung des 23.6 genden den Ans

Bei der Zuteilung des unbebauten Landes sollen die aus der Ortslage der Grundstücke sich ergebenden Bedürfnisse berudsichtigt werden. Med in genedlichtigt werden. Med in genedlichtigt werden.

§ 6

- (1) Bon den zum Stellenvermögen gehörenden Gerechtsamen gebühren die Stolgebühren und die Stolgebührenrenten der Kirchengemeinde. Das gleiche gilt im Zweifel von den an Stelle früherer Naturallieferungen zu zahlenden Renten. Ansprüche auf Lieferung von Brennstoffen oder an ihre Stelle getretene Rentenansprüche sind jedoch, wenn nicht das Gegenteil bewiesen werden kann, als für Schulswede gewährt zu betrachten und gebühren daher grundsählich der Gemeinde.
- (2) Gehören zum Stellenvermögen Ansprüche gegen einen Kirchenpatron oder sonst firchlich Beteiligten, so gebühren diese der Kirchengemeinde und sind auf Verlangen des Verpflichteten nach besonderen noch bekannt zu gebenden Richtlinien abzulösen.

\$ 7

Leistungsschwachen Gemeinden kann zu der Entschädigung, die sie an die Kirchengemeinden oder bei Gutsschulen an die Gutsbesitzer als Abfindung für das Gehöft zu zahlen haben, ein staatlicher Zuschuß gewährt werden.

8 8

Die Baulast an dem Schulgehöfte geht mit dem 1. April 1939 auf die Gemeinden allein über. Wird abweichend von der Regel des § 3 die Kirchengemeinde oder der Gutsbesitzer bei der Bersmögensauseinandersetzung Eigentümer des Gehöfts, so sind die in der Zeit vom 1. April 1939 bis zur Rechtswirtsamkeit der Bermögensauseinandersetzung geleisteten Bauauswendungen der Gemeinde zu erstatten.

\$ 9

Sind die Grundstüde einer früheren Gutsschule mit Einwilligung des Gutsbesitzers für die Rirchensgemeinde und die Gemeinde (für das vereinigte Amt) im Grundbuch eingetragen worden, so liegt hierin ein Stiftungswille des Gutsbesitzers für das vereinigte Amt. Der Gutsbesitzer ist daher in diesem Falle an der Vermögensauseinandersetung nicht beteiligt und hat keine Entschädigungsansprüche.

Sache und Rechtstage zu ermitteln und nach Fest 0118ng der vorhandenen Bermögenswerte die Ausein

Ist über das Bermögen bisher vereinigter Ämter bereits vor dem 1. April 1939 eine von den Aufsichtsbehörden genehmigte Auseinandersetung zustande gekommen, aber unter Aufschub der Trensnung noch nicht durchgeführt, so bleibt die bisherige Bereinbarung unberührt. Sind dabei einzelne Bersmögensteile noch in gemeinschaftlichem Eigentum der Beteiligten geblieben oder nur nach Bruchteilen geteilt worden, so ist nunmehr sofortige Realteilung herbeizuführen. Sierbei finden die Grundsätze dieser Berordnung Anwendung.

II. Berfahrensvorschriften

1. Auseinandersetung durch Bereinbarung

tunlicht obne Wehraufwendungen möglich ist. Lastt &ich Wehraufwendungen fünftig nicht vermeiden.

- (1) Die Vertretung der Beteiligten bei der Vermögensauseinandersetzung und die Form der Verseinbarung richtet sich nach den allgemeinen Vorschriften.
- (2) Die Vereinbarung ist mit dem Antrag auf Genehmigung in drei Ausfertigungen der Schulsaufsichtsbehörde einzureichen, die ihrerseits die Genehmigung der kirchlichen Aufsichtsbehörde herbeiführt. Der Vereinbarung ist ein Erläuterungsbericht der Beteiligten über die Grundlagen der Vermögensausseinandersetung beizufügen.

2. Auseinandersehung durch die Schiedsstelle

§ 12

Die Schiedsstelle tritt nach Bedarf zusammen. Die Schulaufsichtsbehörde und die kirchliche Aufssichtsbehörde benennen die von ihnen zu bestellenden Mitglieder und zugleich deren ständige Stellverstreter.

§ 13

- (1) Die Schiedsstelle entscheidet auf Grund der ermittelten Sachs und Rechtslage im Rahmen der Grundsätze dieser Verordnung nach pflichtmäßigem Ermessen. Sie ist an Anträge nicht gebunden. Sie kann die Beteiligten laden und die sonst erforderlichen Ermittelungen anstellen. Bei abweichenden Aufschlungen der Mitglieder gibt die Meinung des Vorsitzenden den Ausschlag.
- (2) Die Schiedsstelle hat darauf hinzuwirken, daß die Beteiligten sich vergleichen. Sie beurkundet den Vergleich durch Aufnahme in die Verhandlungsniederschrift. Sosern ein Vergleich nicht zustandes tommt, entscheidet sie durch einen mit Gründen versehenen Beschluß (Schiedsspruch).

(3) Der por ber Schiedsstelle geschlossene Bergleich bedarf weber ber Buftimmung bes Batrons, noch der sonst für Bereinbarungen nach § 11 dieser Berordnung vorgesehenen Genehmigung der Aufsichtsbehörde.

§ 14

- (1) In den Fällen, in denen die jum Stellenvermögen gehörenden Grundstude im Grundbuch nicht eingetragen sind, und auch nach der Übertragung auf den neuen Eigentümer nach den Borichriften der Grundbuchordnung nicht eingetragen zu werben brauchen, geht das Eigentum an den Grundstuden zu bem im Schiebsspruch ober in bem Bergleiche bezeichneten Zeitpunkt auf ben neuen Eigentümer über. Dieser hat die Anlegung des Grundbuchblatts für die Grundstüde zu beantragen.
- (2) In den Fällen, in denen die jum Stellenvermögen gehörenden Grundstude im Grundbuch eingetragen sind, bedarf es der Auflassung und der Eintragung im Grundbuch, um den im Schieds= ipruch oder im Bergleich vorgesehenen Eigentumsübergang herbeizuführen. Die Beteiligten sind ver= pflichtet, die hierzu erforderlichen Erklärungen abzugeben.

§ 15

Die Schiedsstelle kann für ihre Tätigkeit Gebühren bis zu 2 v. H. des von ihr festzusegenden Streitwerts erheben und Ersat für ihre baren Auslagen verlangen. Soweit die Schiedsstelle nichts anderes bestimmt, tragen die Beteiligten die Gebühren und Auslagen je gur Salfte. Die Gebühren fließen in die Staatstaffe.

Danzig, ben 31. März 1939.

Der Senat der Freien Stadt Danzig Greiser Boed Betrebe dies Musianders gelen eine

Guthaben in ausländifcher Wahrung, Die Inlander bei einer im Gebief ber Freien Stadt

13 Die om 17 Main 1929 bei Derffeitbenten unterhaltenen Wahrungsguthaben werben auf Gulben umgestellt. Die Benflenbonten baben bie Guthaben zu bem lebten amflichen vor Jufragitreten

lude(1) In den Falleit, in denen die zum Stellenvermögen gehörenden Grundflude im Grundbuch nicht eingetragen find, und auch nach der Abertragung auf den ueuen Eigentilmer nach, den Jorichiften der Grundbuchördnung nicht eingetragen zu werden brauchen, geht, das Cigentium aus der Grundstücken zu dem im Schiedsspruch oder in dem Vergleiche bezeichneten Zeitzunkt auf den neuen Eigentümer über. Tieser dat die Anlegung des Grundbuchblotte für die Krundklicke zu desenkrechen

(2) In den Fällen, in denen die zum Stellenvermögen gehörenden Grundstücke im Grundbuch eingetragen sind, bedarf es der Auflahlung und der Cintragung im Grundbuch, um den inn Schiede spruch oder im Bergieich vorgeschenen Eigentumpübergang herbeizusähren. Die Beteiligten sind werd pflichtet, die hierzu erforderlichen Erklärungen abzugeben.

8 15

rechte Schiedsfteile tann ihr ihre Tatigkeit Gebuhren bie au 2 vo. des von ihr feltausebenden Streitwerts erheben und Erfat für ihre baren Auslagen verlangen. Soweit die Schiedstelle nichts anderes bestimmt, tragen die Beteiligten die Gebühren und Auslagen je zur Halbe. Die Gebühren filesten in die Staatstaffe.

Danzig, ben 31, Mars 1939 8 8

Sind die Gruhdflude einer früheren Gutsichnie mit Einwilligung des Gutsdesihere für die alleichen gemeinde und die Gemeinde sieherdestauf das die des Gutsbesihere des Gutsbesihere des Gutsbesihere des Gutsbesihere des Gutsbesihere des Gutsbesihere des diese das erzeitzigen Ant. Der Gutsbesiher ist dabeit diesem Falle au der Vermögensauseinanderichung nicht beteiligt und hat seine Entschäftungsanforwiese.

8 10

Auflichtsbehörden genehmigte And kannkerlehatig and ber deteile beit dem i. Und 1939 eine von den Kuslichtsbehörden genehmigte And kannkerlehatig and bede gefommen, aber unter Auslichte der Trenenung noch nicht durchgefährt, de dieset die bisberige Arreichtsbeum gedieben oder nur nach Bruchteilen gefeilt worden, so ilt unnmehr sofortige Registellung berdetinführen. Hierbei sinden die Grundsähe dieser Werordung Alexandung.

11. Berfahrensvorlsuiften

1 Auguingnberfenung burd Bereinberung

5 11

(1) Die Beitrehung der Befeiligten bei der Acronogensunseinandersetzung und die Form der Ber

(2) Die Vereindarung ist mit dem Antrag auf Genehmigung in drei Ausfertigungen der Schulauflichtsbehörde einzureichen, die ihrerleits die Genehmigung der litchlichen Auflichtsbehörde berbeiführt. Der Vereindarung ist ein Erläuferungsbericht der Belestigten über die Grundlagen der Vermögensanseinandersetung beigufügen

2. Auseinanderfehung burd Die Gotebeffelte

12

Die Schiedelfeile fritt noch Bedarf gusammen. Die Schulaussichbebarde und bie frichliche Aufsichlebehorde benemmen die ook somen zu bestellenden Wittglieder und zugleich beren ftandige Stellourfreber

6 13

- (1) Die Schiedsstelle einische dur Grund der ermittelten Sach und Rechtslage im Radmen der Grundsoffe dieser Verordnung nach offlichtmähigem Cemellen. Sie ist au Antrage nicht gedunden. Sie tann die Beteiligsen laden und die soult erforderlichen Ernittelungen anstellen. Bei abweichenden Auffallungen der Mitglieder gibt die Meinung des Borisbenden den Ausschlag.
- (2) Die Schiedestielle hat barmif binguwirten, daß die Beielligfen fic oergleichen. Die bentlunder ben Bergleich burch Aufnahme in die Berhandlungeniederfcieft. Sofern ein Bergleich nicht guffangen